

Im Strudel des Konflikts

Muathe Abdu

Der Sudan zwischen inneren Machtkämpfen und externen Einflüssen

1956 wurde der Sudan eine unabhängige Republik. Mit einer Fläche von mehr als 1,8 Millionen Quadratkilometern ist das Land etwa fünfmal so groß wie Deutschland und drittgrößter Flächenstaat des afrikanischen Kontinents mit einer Bevölkerung von 47 Millionen Menschen. Aufgrund regionaler Unabhängigkeitsbestrebungen durchlebte der Sudan seit den 1970er Jahren zahlreiche, immer wieder von Militärputschen befeuerte Konflikte. Dies führte 2011 zur Unabhängigkeit des Süd-Sudans. Weitere unter anderem ethnisch, aber vor allem durch wirtschaftliche Machtkämpfe begründete Konflikte dauern bis heute an. Um den aktuellen kriegesischen Konflikt, der schon fast ein Jahr andauert, zu verstehen, muss man interne und externe Faktoren in den Blick nehmen.

Auf der einen Seite gibt es innere Machtkämpfe: Der Streit zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und der paramilitärischen Miliz Rapid Support Forces (RSF) ist nicht nur ein persönlicher Konflikt zwischen wichtigen Führern. Es ist auch ein Zeichen für tieferliegende soziale und politische Spaltungen im Land. Der Konflikt hat tiefe historische und wirtschaftliche Wurzeln im Sudan.

Auf der anderen Seite gibt es externe Einflüsse: Andere Länder wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Russland, Ägypten und sogar Libyen mischen sich in den Konflikt ein, sei es durch Waffenlieferungen, Geld oder politische Einflussnahme. Diese ausländischen Einflüsse haben den Konflikt noch komplizierter gemacht. Die Kämpfe haben dramatisch zugenommen,

angetrieben durch den massiven Waffenimport aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und Ägypten.

Es kommt also zu einem Interessenkonflikt zwischen allen Beteiligten. Dies lenkt den Blick auf die Wurzel des Konflikts, nämlich einen Streit um Ressourcen: Der Goldabbau spielt eine zentrale Rolle dabei. Die Kontrolle über die Goldminen und der illegale Goldhandel rufen immer wieder Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen hervor und verschärfen die wirtschaftlichen Probleme des Landes. Diese Konflikte haben schon Millionen von Menschen zur Flucht gezwungen und zu einer schwerwiegenden humanitären Krise geführt. Laut den Angaben der UNO-Flüchtlingshilfe sind seit Beginn der Kämpfe fast 8,2 Millionen Menschen innerhalb und außerhalb des Landes auf der Flucht. Die Zahl der Flüchtlinge steigt von Woche zu Woche weiter an.

Die Bevölkerung, darunter auch ethnische Minderheiten wie die Masalit und Bedscha, ist den gewalttätigen Auseinandersetzungen hilflos ausgesetzt. Die wirtschaftliche Krise, die steigende Preise und die Schließung von Apotheken mit sich bringt, verschärft die Versorgungsnotlage zusätzlich. Die humanitäre Situation verschlechtert sich kontinuierlich. Ein vollständiger Zusammenbruch des Staates, wie zuvor in Libyen, ist eine durchaus realistische Gefahr und könnte die gesamte Region weiter ins Chaos stürzen. Das ginge einher mit unabsehbaren Folgen für die Menschen vor Ort und die Stabilität des ganzen Kontinents.

Nach eher verhaltenen internationalen Vermittlungsversuchen und Gesprächen gibt es keine Aussicht auf Frieden oder politischen Fortschritt im Sudan. Zusammenfassend zeigt sich, dass der Sudan inmitten eines komplexen und sich ver-

Darfur – der vergessene Horror

In der sudanesischen Provinz Darfur hatten schon vor 20 Jahren pogromartige Gewalttaten gegen dort beheimatete schwarzafrikanische Ethnien Schlagzeilen gemacht. Das damals Begonnene wollen derzeit offenbar die Rapid Support Forces (RSF), eine Miliz, die sich derzeit im Bürgerkrieg mit der Armee Sudans befindet, gemeinsam mit anderen arabischen Milizen vollenden und sind dabei, einen opferreichen Völkermord insbesondere am Volk der Masalit zu vollstrecken. Frauen werden vor den Augen ihrer Kinder, Töchter vor ihren Müttern vergewaltigt, Männer und Jungen erschossen, erschlagen oder ohne Wiederkehr verschleppt. Eine Fluchtwelle aus Darfur hat schon über eine halbe Million Menschen im benachbarten Tschad – einem der ärmsten Länder der Erde – Schutz suchen lassen. Die dortigen Lager sind überfüllt. Nothilfe, auch durch UN-Organisationen, besteht aus Mangelverwaltung. Dass der Tschad pro Kopf

schon mehr Geflüchtete als irgendein anderer Staat aufgenommen hat, kümmert die Weltgemeinschaft nicht. Die EU will die bisher ins Land fließenden Mittel sogar noch um 20 Prozent kürzen. Von den 320 Mio US\$ Mittelbedarf für die Flüchtlingskrise im Tschad sind gerade 4 Prozent gesichert. Die jungen Männer merken schnell, dass es für sie im Tschad keine Zukunft gibt. 2023 sind mit 5.000 Menschen 450 Prozent mehr sudanesisch Geflüchtete in Italien angekommen, als 2022. Vertreter*innen von Hilfsorganisationen im Tschad indes warnen: Der Exodus habe gerade erst begonnen. Vielleicht hat das die internationalen Geber Mitte April dann doch zumindest zu Ankündigungshilfen für den Sudan in Höhe von 2 Mrd. Euro motiviert?

Quellen: Der vergessene Horror, Mark Townsend, der Freitag Nr. 15, 11.4.2024 (<https://t1p.de/b8yz9>); DLF, 16.4.2024 (<https://t1p.de/hrqu2>)

schärfenden Konflikts steckt, der nicht nur Gefahr läuft, das Land selbst, sondern auch die gesamte Region zu destabilisieren. Die Hoffnung auf eine friedliche Lösung scheint angesichts der tiefsitzenden internen Spannungen und der parteiischen Einmischungen von außen gering zu sein. Es besteht dringender Bedarf an sofortigen Maßnahmen seitens der internationalen Gemeinschaft und des UN-Sicherheitsrates – deren Aufmerksamkeit aktuell allerdings durch die Kriege in der Ukraine und in Gaza vollkommen gebunden erscheint. Um diese vergessene Krise im Sudan anzugehen, bedarf es dringend der Gewährleistung des Zugangs für humanitäre Hilfeleistungen, der Aufstockung der dafür vorgesehenen Mittel sowie der Forderung nach einem Waffenstillstand und einer friedlichen Lösung des Konflikts.

Die Schutzquote des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bei Asylsuchenden aus dem Sudan war 2023 mit Blick auf die Lage im Herkunftsstaat mit 28 Prozent unverhältnismäßig niedrig. Immerhin erklärt das BAMF, dass aufgrund der aktuellen Sicherheitslage im Sudan eine geförderte freiwillige Rückkehr in das Land durch das Programm REAG/GARP 2.0 derzeit nicht unterstützt wird. Die Situation werde von Bund, Ländern und der International Organisation for Migration (IOM) kontinuierlich beobachtet und geprüft, um auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können.



Muathe Abdu ist Mitarbeiter im Projekt Schleswig-Holstein Ahoi! beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V.
www.frsh.de/fluechtlingsrat/schleswig-holstein-ahoi